

Sehr geehrte Fraktionsgeschäftsführer,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der 77. Holocaustgedenktag führt uns einmal mehr die unvergleichlichen Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor Augen. Aus diesem Grund ist es nötig, in Hamburg ein klares Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen, das über bloße Lippenbekenntnisse hinausgeht. Das gilt auch und gerade angesichts der jüngsten gewalttätigen Übergriffe auf jüdische Mitbürger, die viele Menschen in unserer Stadt beschämt haben.

Vor wenigen Tagen hat Stefan Hensel die Forderung erhoben, dass eine Verlängerung des Staatsvertrags unter Einbeziehung des IZH als Mitglied der SCHURA nicht hinnehmbar sei und dass die in seinen Wertegrundlagen verbrieften Bekenntnisse zum Grundgesetz konsequent umzusetzen seien. Das ist richtig und gut, weil das in den letzten zehn Jahren gegenüber jüdischen Bürgern eingebüßte Vertrauen dringend wiederhergestellt werden muss.

Es darf keinen Zweifel daran geben, dass antisemitische Organisationen wie das IZH, bei dem es sich ferner auch noch um eine gesichert extremistische Bestrebung handelt, in irgendeiner Weise von Verträgen profitieren, die zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dritten Organisationen bestehen.

Aus diesem Grund möchten wir Ihnen den in der Anlage beigefügten interfraktionellen Antrag zur Kenntnis geben und Sie bitten, diesem Antrag, der die Forderungen von Herrn Hensel konstruktiv aufgreift, beizutreten. Jenseits aller parteipolitischen Differenzen sollten alle Fraktionen in der Bürgerschaft zusammenstehen, wenn es darum geht, dem antisemitischen Spuk des IZH ein Ende zu setzen und deutlich zu machen, dass es mit ihm weder eine direkte noch mittelbare Partnerschaft geben kann.

Einer positiven Rückmeldung bis Mittwoch, dem 2. Februar 2022 um 15:00 Uhr, sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Nockemann  
(Fraktionsvorsitzender)